



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN

online
mitteilungen

Mit den



**Deutsch-Französische
Freundschaft**
Gemeindekongress
Breitbandnetze



▲ StGB NRW-Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer eröffnet den Gemeindegkongress in der Düsseldorfer Stadthalle

Schulterschluss in schweren Zeiten

Die Themen Bildung und Energiewende standen im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung am 6. September 2012 auf dem StGB NRW-Gemeindegkongress in der Düsseldorfer Stadthalle

Nach der Koppelung des Gemeindegkongresses mit drei Kommunalmes- sen 2010 in Essen gestaltete der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) seine Mitgliederversammlung diesmal etwas schlanker. In der Düsseldorfer Stadthalle - verkehrsgünstig gelegen in der Nordstadt direkt am Rhein - trafen sich am 6. September 2012 die Delegierten der 359 StGB NRW-Mitgliedskommunen, um über Bildung und Energiewende zu diskutieren. Im Foyer präsentieren kommunalnahe Unternehmen und Verbände ihre Produkte und Dienstleistungen.

Am frühen Nachmittag hieß StGB NRW-Präsident **Dr. Eckhard Ruthemeyer**, Bürgermeister der Stadt Soest, die mehr als 1.100 Abgesandten und Gäste im Düsseldorfer Kongresszentrum willkommen. Das Motto des Gemeindegkongresses 2012 „Ressourcen



hätten mittlerweile einen Stand von fast 24 Milliarden Euro erreicht. Bis Ende 2015 hätten fast 90 Prozent der StGB NRW-Mitgliedskommunen keine Ausgleichsrücklage mehr. Der Stärkungspakt des Landes allein könne die Finanzkrise nicht lösen, so Ruthemeyer: „Wir können uns nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Wir sind auf die Hilfen des Bundes und Landes dringend angewiesen“.

Grüße der gastgebenden Stadt Düsseldorf überbrachte **Dr. Stephan Keller**, Beigeordneter für Recht, Ordnung und Verkehr der Landeshauptstadt, in Vertretung von Oberbürgermeister Dirk Elbers. In einer Zeit der Unsicherheit sei die Arbeit eines Kommunalverbandes wichtiger denn je. Städte und Gemeinden seien unverzichtbar als Ort der Identifikation und Orientierung für die Menschen, so Keller.

Die Stadt Düsseldorf habe nun zum 14. Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Dies sei die „Konsequenz guter Politik auf der Basis guter Rahmenbedingungen“, merkte Keller an. Dennoch müssten jetzt große Anstrengungen unternommen werden, um den absehbaren Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige zu decken - durch Bau von 20 neuen

◀ In Vertretung von Oberbürgermeister Dirk Elbers überbrachte Beigeordneter Dr. Stephan Keller die Grüße der Landeshauptstadt

Kindertagesstätten bis 2013. Auch die Energiewende sei eine Herausforderung für die Großstadt. So wolle Düsseldorf bis 2050 in puncto CO₂-Ausstoß klimaneutral werden. Für den Partnerverband aus Österreich sprach der Geschäftsführer des Gemeindebundes Steiermark **Mag. Dr. Martin Ozimic**. Er vertrat den erkrankten Präsidenten des Gemeindebundes Steiermark und Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages, Bürgermeister Erwin Dirnberger. Auch die steirischen Gemeinden - so Ozimic - hätten unter der Ungerechtigkeit des kommunalen Finanzausgleichs zu leiden. Da es in Österreich beispielsweise keine Pflegeversicherung gebe, blieben diese Aufgabe und die damit verbundenen Kosten an den Kommunen hängen. Dazu komme das Problem der Landflucht. Mittlerweile gebe es in der Steiermark rund

► Für den Partnerverband aus Österreich sprach der Geschäftsführer des Gemeindebundes Steiermark **Mag. Dr. Martin Ozimic**

hin. Nur gute Bildung schaffe Zukunft für die Kinder und damit Zukunft für die Gesellschaft insgesamt. Bei der Schulpolitik brauche es deshalb eine Gesamtverantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, so Löhrmann: „Der Zugang zur Bildung hat immer mehr eine sozialpolitische Dimension, die Land und Kommunen allein nicht stemmen können.“

Ausführlich ging Löhrmann auf die kontrovers diskutierte Frage der Inklusion ein. Von dem Gedanken der Inklusion - sich gegenseitig unterstützen - profitierten letztlich Unterstützer/innen und Unterstützte. Bei der Finanzierung sollten die Kommunen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Gleichwohl nehme das Land die kommunalen Bedenken ernst und wolle Inklusion mit Augenmaß umsetzen. Bei der Wahl des Unterrichts-Regelschule oder Förderschule - bleibe der Elternwille entscheidend. Den Städten und Gemeinden in NRW sicherte die Schulministerin zu, bei den bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam und fair nach Lösungen suchen zu wollen. „Ich vertraue auf ihre kommunale Unterstützung und ihre Mitverantwortung“, sagte Löhrmann.

In den zweiten Themenschwerpunkt „Ressourcen schonen“ führte der Tübinger Oberbürgermeister **Boris Palmer** ein. Da Bundesumweltminister Peter Altmaier verspätet war, kam Palmer die Aufgabe zu, die Zeit bis zum Eintreffen des Ministers zu überbrücken. Auf humorvolle Art schilderte der süddeutsche Verwaltungschef, wie die Bevölkerung der Universitätsstadt Tübingen für einen ökologischen Stadtumbau gewonnen werden konnte.

2008 hatte Palmer die Klimaschutzkampagne „Tübingen macht blau“ ins Leben gerufen. Seitdem konnte die Anzahl der Ökostrom-Kunden und -Kundinnen von rund

► Der Tübinger Oberbürgermeister **Boris Palmer** erläuterte Ziel und Einzelschritte seiner Klimaschutzkampagne



800 auf gut 10.000 gesteigert werden. Bei anderen Projekten habe man geschickt die schwäbische Vorliebe zum Sparen ausgenutzt. So konnten viele Hauseigentümer/-innen für den Einbau einer hocheffizienten Umwälzpumpe in ihre Heizung gewonnen werden. Dabei mussten sie nicht einmal Geld vorstrecken. Eine Verhaltensänderung habe man auch im Bereich Verkehr erreicht. Dabei - so Palmer - nutzte man die Rückseite von Strafzetteln für Falschparken als Werbeträger für den ÖPNV. Selbst das Wachstum der Stadt auf derzeit fast 89.000 Einwohner habe man ohne Ausweisung neuer Baugebiete bewältigt, berichtete Palmer. Für die Heizung gebe es ein Nahwärmenetz, das zu 95 Prozent aus erneuerbaren Energien gespeist werde. Auch wenig spektakuläre Maßnahmen wie der Austausch alter Kühlschränke in öffentlichen Gebäuden hätten zum Energiesparen beigetragen. (bba/mle)



▲ NRW-Schulministerin **Sylvia Löhrmann** warb engagiert für partnerschaftliches, gleichberechtigtes Lernen

200 Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern. Insgesamt verteilten sich die 1,2 Millionen Steirer auf rund 550 Kommunen. Daher plane das Bundesland nun eine Gebietsreform, bei der Gemeinden und auch Bezirkshauptmannschaften - die österreichischen Kreise - zusammengelegt werden sollen. Ziel sei eine Struktur mit 350 bis 400 Kommunen bis zum Jahr 2015, was viel politischen Zündstoff berge.

Zum Themenschwerpunkt „Bildung fördern“ nahm die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin und Ministerin für Schule und Weiterbildung **Sylvia Löhrmann** Stellung. In ihrer Rede wies sie auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Bildung



► Klartext im Sinne der Kommunen: StGB NRW-Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer bei seiner Ansprache



FOTOS (2): MEYER / STGB NRW

Ressourcen schonen - Bildung fördern

Auf dem Gemeindekongress 2012 in Düsseldorf analysierte StGB NRW-Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer die politische Lage und erläuterte die Kernforderungen der NRW-Kommunen

In diesem Jahr lautet unser Motto „Ressourcen schonen - Bildung fördern“. Es verbindet zwei Themen, welche die Agenda der Zukunft noch stärker prägen werden, als dies bislang schon der Fall ist. Beide Ansätze - sowohl die Energiewende als auch die Bildung unserer Kinder - stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit.

Bezogen auf die Kommunal Finanzen mag das Ziel „Ressourcen schonen“ vielleicht manchen irritieren. In vielen Kommunen wird man sich fragen: Wie soll ich mit etwas sparsam umgehen, das ich gar nicht habe? Das ist genau der Punkt. Die Finanzmisere drückt auch in diesem Jahr - trotz zeitweise ansteigender Steuereinnahmen - den Kommunen in NRW ihren Stempel auf. Und über allem schwebt die Euro-Krise. Eine Hiobsbotschaft jagt die andere. Staaten

werden für das Schuldenmachen abgestraft. Die Finanzmärkte koppeln sich ab. Das sollte uns zu denken geben. Irgendwann muss Schluss sein mit dem Schuldenmachen - auch für die Städte und Gemeinden. Die Situation ist nach wie vor dramatisch. Die Zahlen sprechen für sich. Bis Ende 2015 haben fast 90 Prozent der StGB NRW-Mitgliedsgemeinden keine Ausgleichsrücklage mehr. Deutlichstes Zeichen für die Finanzmisere ist allerdings die horrende Entwicklung der Kassenkredite. Hier sind wir mittlerweile bei fast 24 Mrd. Euro. Wenn wir jetzt nicht sofort gegensteuern, sind wir in ein paar Jahren bei 50 oder 60 Mrd. Euro. Spätestens dann ist die Krise nicht mehr steuerbar.

Immer mehr Kommunen rutschen in die Überschuldung ab. 28 Mitgliedstädte nehmen am Stärkungspakt teil. Sie bekommen zwar über zehn Jahre in der ersten Stufe besondere Hilfen des Landes. Aber bereits die zweite Stufe soll ausschließlich mit kommunalem Geld finanziert werden. Das lehnen wir strikt ab. Es können nicht in den kommenden sieben Jahren und wahrscheinlich darüber hinaus die armen Kommunen den noch ärmeren mit knapp 200 Mio. Euro jährlich unter die Arme greifen. Auch deswegen, und wegen des finanziell nicht ausreichenden Engagements des Landes, kann der Stärkungspakt unsere Finanzkrise nicht überwinden. Wir können uns nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Wir sind auf Hilfen des Bundes und Landes dringend angewiesen. Was wir vor allem brauchen, ist ein verfassungsrechtlich abgesicherter Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung, und zwar unabhängig von der Finanzlage des Landes. Aber dabei müssen wir natürlich

HANDBUCH INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT NORDRHEIN-WESTFALEN

Hrsg. v. Bernd Jürgen Schneider, A 5, 324 S., kartoniert, 2. Auflage 2012, 27,90 Euro, ISBN 3-7922-0122-0, zu bez. beim Reckinger-Verlag, Internet www.reckinger.de

Dieses Handbuch soll Städten und Gemeinden Hilfestellung bei der Umsetzung einzelner Projekte im Bereich interkommunaler Zusammenarbeit bieten. Erfahrene Praktiker/innen stellen anhand zahlreicher Beispiele Möglichkeiten und Entwicklungen in den einzelnen Bereichen kommunaler Zusammenarbeit dar. Dabei stehen die rechtlichen Aspekte interkommunaler Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Neben den Rechtsformen, in denen sich diese Kooperationen bewegen, werden auch mögliche Probleme der interkommunalen Zusammenarbeit, beispielsweise im Steuer- und Vergaberecht, erläutert. Der Herausgeber, Dr. Bernd Jürgen Schneider, ist Hauptgeschäftsführer des Städte und Gemeindebundes NRW.



auch an die Schuldenbremse denken. Bund und Länder müssen ihre Kreditaufnahme bis 2020 auf Null herunterfahren. Das allein ist schon mühsam genug. Doch dies wird nicht reichen. Nächstes Jahr wird der auf europäischer Ebene beschlossene Fiskalpakt greifen und auch das Land zu noch stärkerem Sparen zwingen. Wir haben ein wenig Sorge, dass sich das Land bei den Kommunen schadlos halten könnte. Hier hat uns bekanntlich Frau Kraft ihr Wort gegeben. Sie will dieses unfaire Spiel des Schuldenverlagerns nicht mitmachen. Wir vertrauen auf Ihr Wort.

Nicht nur bei der Bewältigung der Finanzkrise müssen wir für unser Recht kämpfen. Auch ansonsten wird uns nichts geschenkt. Beispiel Einheitslasten: Da ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom Mai dieses Jahres. Auch ein Erfolg dieses Verbandes. Denn die Forderungen des Landes an Städte und Gemeinden von fast zwei Milliarden Euro bis 2019 sind zunächst vom Tisch.

Aber das Gericht hat leider nicht gesagt, wie das Land die Einheitslasten künftig berechnen soll. Hier stehen wir vor schwierigen Verhandlungen. Wir werden alles unternehmen, die offenen Fragen im Konsens zu lösen. Aber wir scheuen uns nicht, den Verfassungsgerichtshof auch noch ein drittes Mal anzurufen.

Bei der Reform des kommunalen Finanzausgleichs sieht es nicht viel besser aus. Um es kurz zu sagen: Der kreisangehörige Raum wird weiterhin strukturell benachteiligt. Daran wird auch der Flächenansatz im neuen GFG nichts ändern. Dieser ist richtig. Aber seine finanziellen Verbesserungen werden durch andere Effekte zunichte gemacht.

Nach wie vor gibt es die so genannte Einwohnerveredelung. Einem Kölner Bürger wird ein 1,5mal höherer Bedarf zugesprochen als einem Bewohner des ländlichen Raums, ohne nachvollziehbaren Grund. Denn wenn man den Durchschnitt der Ausgaben zum Maßstab für den Bedarf erklärt, wird ausgabenfreudiges Verhalten geradezu gefördert. Das entspricht nicht der Realität, ist völlig inakzeptabel und muss schleunigst geändert werden.

Noch viel krasser ist die Abweichung von der Realität bei den fiktiven Steuerhebesätzen. Noch immer geht der kommunale Finanzausgleich davon aus, dass alle Kommunen dieselben Hebesatzpotenziale haben. Das stimmt einfach nicht. Es wird, das ist allen bekannt, doch dort verstärkt investiert, wo die Infrastruktur stimmt.

Dort, wo es

- Autobahnen,
- Bahnanbindungen,
- Flughäfen,
- ein funktionierendes Internet und
- die Nähe zu Hochschulen gibt.

Wer das als Kommune nicht bieten kann, ist nur noch über niedrige Steuersätze konkurrenzfähig. Im Schnitt können deshalb Großstädte deutlich höhere Hebesätze realisieren. Dadurch erzielen sie gegenüber den GFG-Annahmen einen Einnahmenvorteil von mindestens 500 Mio. Euro jährlich. Diese Ungerechtigkeit muss endlich beseitigt werden. Das Land darf diesen Systemmangel nicht länger ignorieren.

Wir sind gespannt auf das Gutachten der Regierung, das alle Streitfragen, auch das Thema Soziallastenansatz, untersuchen soll. Ich verspreche Ihnen: Wir werden nicht locker lassen, bis der kommunale Finanzausgleich auf einer gerechten und soliden Grundlage steht.

Wenn wir von „Bildung fördern“ sprechen, denken wir natürlich zunächst an die Betreuung unserer Kinder. Im Jahre 2008 ist bekanntlich der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geschaffen worden. Er tritt am 1. August nächsten Jahres in Kraft.

Kaum ein Thema weckt so viele Emotionen. Und kaum ein Gesetz ist so unprofessionell gemacht worden wie die Regelung zum Ausbau der U3-Betreuung. Die Kosten pro Platz und die Betreuungsquote liegen deutlich höher als von der Politik angenommen. In manchen Kommunen kann der Rechtsanspruch nicht vollständig erfüllt werden.

Dies, obwohl sich alle Kommunen seit Jahren mächtig ins Zeug legen. Es fehlt an vielem:

- an Geld,
- an geeigneten Grundstücken,
- an Baurecht,
- an Personal und
- an flexiblen Standards.

Aber wir sind nicht die, die jammern. Die Eltern wollen nicht wissen, was nicht geht, sondern erwarten von uns zu Recht, dass wir alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit es klappt. In unserem Aktionsplan, den das Präsidium gestern verabschiedet hat, haben wir all diese Maßnahmen präzise aufgelistet.

Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Land und Kommunen. Alle sind verantwortlich. Deshalb fordern wir vom Bund einen zweiten Krippengipfel auf Bundesebene mit einer neuen, gerechten und dynamischen Finanzierungsregelung.

Auf Landesebene haben wir als Verband schon viel erreicht. Wir haben mithilfe des Urteils des Verfassungsgerichtshofs durchgesetzt, dass bis 2018 rund 1,4 Mrd. Euro an die Städte und Gemeinden fließen. Das muss jetzt schnell geschehen. Deshalb muss das Gesetz für den Belastungsausgleich bei U3 in der parlamentarischen Beratung jetzt zügig verabschiedet werden.

Auf dem zweiten Krippengipfel auf Landesebene vergangene Woche haben wir zudem vereinbart, dass wichtige Standards künftig flexibel gehandhabt werden können. Wir brauchen auf allen Ebenen die Bereitschaft

SCHRAMM AB 2013 DStGB-PRÄSIDENT

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat seine Verbandsspitze neu gewählt. **Christian Schramm** (Foto), Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, wird zum 1. Januar 2013 wieder Präsident des kommunalen Spitzenverbandes. Der DStGB-Hauptausschuss wählte den 60-Jährigen am 4. September 2012 in Münster. Christian Schramm löst Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, ab, der zum 1. Vizepräsidenten gewählt wurde. Zu weiteren Vizepräsidenten wurden Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg, Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, und Fritz Wagner, Bürgermeister der Stadt Kirm gewählt. Zudem wählte der Hauptausschuss

erneut **Dr. Gerd Landsberg** (Foto) zum Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der 59-Jährige nimmt diese Aufgabe seit 1998 wahr.



Christian Schramm

Dr. Gerd Landsberg

zur Improvisation. Dieser Appell geht alle an, auch die Eltern.

Aber anders als die Ministerin sind wir der Meinung, dass es bei Bedarf im Einzelfall und befristet auch möglich sein muss, mehr Kinder als üblich in einer Gruppe zu betreuen. Die Formel der Regierung, „Mehr Kinder gleich mehr Personal“, wird bei dem bekannten Personalmangel nicht sehr viel weiter helfen. Deswegen sollte man auch beim Einsatz des Personals flexibel sein. Tüchtige Ergänzungskräfte müssen eine Chance erhalten. Die Eltern sind sicher bereit, diesen Weg mitzugehen, bevor sie auf eine Betreuung ganz verzichten müssen.

Die zweite große Aufgabe im Sozial- und Finanzbereich ist die Inklusion. Wir haben bereits heute ein hoch entwickeltes Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten. Aber Inklusion will mehr: das Verschmelzen der beiden Lebensbereiche. Das ist eine Mammutaufgabe, vor allem, was die Kosten betrifft. Da kommt einiges auf uns zu. Die Rechtslage ist eindeutig. Es gelten die Regelungen der UN-Behindertenrechtskonvention. Und das Land NRW hat dem im Bundesrat zugestimmt.

Nun kommt es auf die Umsetzung an. Wie im Bereich U3-Betreuung tragen wir auch



Bei den Medien rief vor allem die StGB NRW-Position zum Ausbau der U3-Betreuung ein breites Echo hervor

hier die gesellschaftlichen Ziele der Inklusion mit. Wenn aber daraus konkrete Rechtsansprüche und Standards abgeleitet werden, sind die Kosten für die Umsetzung vom Land zu erstatten - und zwar komplett und dauerhaft. Dies betrifft bei weitem nicht nur, aber in besonderem Maße, die Inklusion im Schulbereich. Hier geht es hauptsächlich um

- die Schülerfahrtkosten,
- mehr und andere Lehr- und Lernmittel,
- mehr Inklusionshelfer und
- den Umbau von Schulen.

Das Land muss jetzt endlich Farbe bekennen. Seit rund zwei Jahren

- thematisiert die Regierung das Ziel Inklusion,
- lässt Anträge im Landtag beschließen und
- weckt Erwartungen bei den Eltern.

All das schafft großen Druck auf die Kommunen. Das Land ist aber bislang nicht bereit gewesen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und die nötigen Finanzmittel in die Hand zu nehmen. Allen ist klar, dass man Inklusion nicht auf „Knopfdruck“ umsetzen

Office-Lösungen

brother[®]
at your side

EFFIZIENZ
at your side

Brother Office-Lösungen überzeugen mit Effizienz und intelligenter Funktionalität. Vom Beschriftungssystem bis zum High-End Laser-MFC.

Nutzen Sie die Rahmenvereinbarungen mit Brother Top-Konditionen!



Mehr Infos unter www.brother.de

kann. Man braucht einen langen Atem, Geld, aber endlich Planungs- und Rechtssicherheit. Die sind durch ein entsprechendes Gesetz zu schaffen. Wir brauchen vor allem eine sachliche Debatte und eine Inklusion mit Augenmaß. Emotional aufgeheizte Debatten, wo es nur eine Lösung geben darf, sind schädlich für das Thema und die Betroffenen.

Unsere Kommunen warten gespannt auf den Gesetzentwurf der Landesregierung, der schon für Ende 2011 angekündigt war. Dieser muss vor allem Aussagen zur Konnexität enthalten. Es wäre fatal, wenn unsere Ansprüche abgewehrt würden. Dann hätten wir keine andere Wahl, als wieder einmal vor unserem Verfassungsgericht zu klagen. Wir gehen aber davon aus, dass das Land die Konnexität der Inklusion anerkennt. Dann könnten wir in Ruhe gemeinsam eine Lösung für die Finanzierung dieser Aufgabe finden.

„Ressourcen schonen“ - das haben Sie von Anfang an vermutet - bezieht sich vor allem auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Vor einem Jahr hat die Bundesregierung die Energiewende eingeläutet. Nun wird immer häufiger von „Verzögerung“, „Stillstand“ oder gar „Scheitern“ gesprochen. Um es ganz klar zu sagen: Wir stehen hinter der Energiewende. Wir praktizieren sie auch - Schritt für Schritt. Energiewende vollzieht sich bekanntlich auf zwei Ebenen:

- bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und

- beim Ausbau der Verteilnetze.

Natürlich brauchen wir die Stromautobahnen von Nord nach Süd. Aber wir müssen auch die Verteilnetze auf der örtlichen Ebene ausbauen - von Haus zu Haus, von Ortsteil zu Ortsteil, und dies natürlich auch im Konsens mit den Betroffenen. Wir alle wissen: Der Energiemarkt steht vor grundlegenden Herausforderungen. Konsumenten werden künftig auch Produzenten sein. Es gibt eine bunte Vielfalt von Konzepten: von Biogasanlagen über Solaranlagen bis zur Windkraft. Der Ausbau der Windkraft ist politisch gewollt. Die Bürger unterstützen sicherlich auch das grundsätzlich. Viele Kommunen möchten selbst als Investor und Betreiber eines Windparks aktiv werden - auch gemeinsam mit der Bürgerschaft. Denn wir wollen, dass die Wertschöpfung bei uns in den Gemeinden bleibt. Hierzu muss in der Gemeindeordnung klargestellt werden, dass alles rund um Windenergieanlagen zur gemeindlichen Energieversorgung gehört und damit privilegiert ist.

Ich möchte aber nicht nur über das sprechen, was noch zu tun ist. Wir haben als Verband und als kommunale Familie auch viele Erfolge vorzuweisen.

- Ich erinnere an das **Konjunkturpaket II**. Alle Fördermittel in Höhe von 2,844 Mrd. Euro wurden komplett abgerufen.
- Ein anderes Thema ist die **Konversion**. Im

Herbst 2011 hat die Bundeswehr ihre Pläne bekanntgegeben. Unsere Kommunen sind besonders betroffen. Wir haben rasch reagiert und Anfang März in Rheine eine erfolgreiche Fachtagung veranstaltet.

- Die Gespräche zum **Schulkonsens** haben wir aktiv begleitet und gefördert. Die Sekundarschule entspricht weitgehend den Bedürfnissen der Kommunen, Schüler und Eltern. Das Schlichtungsverfahren bei der Einrichtung neuer Sekundarschulen haben wir mitentwickelt.
- Nicht zuletzt konnten wir bei der **Abfallwirtschaft** einen großen Erfolg verbuchen. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz enthält nun Regelungen, welche uns vor gewerblicher „Rosinenpickerei“ schützen. Das gegen Widerstände der Entsorgungswirtschaft durchzusetzen, war ein hartes Stück Arbeit. Aber wir haben es geschafft auch dank unseres einflussreichen Bundesverbandes.

Wir blicken nicht euphorisch, aber optimistisch in die Zukunft. Wir verschließen nicht die Augen vor den Herausforderungen. Wir halten sie für lösbar. Das lehrt uns ein Blick in die Vergangenheit. Aber wir brauchen Partner, Verbündete und die Unterstützung des Landes. Die vielfältigen Kontakte mit der Landesregierung in den vergangenen Monaten machen uns Hoffnung. Und zwar die Hoffnung, dass wir auch in Zukunft fair, partnerschaftlich und auf Augenhöhe miteinander umgehen können. ●

WECHSEL AN DER StGB NRW-SPITZE

Der bisherige 1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW), Bergkamens Bürgermeister **Roland Schäfer** (SPD), ist am 6. September 2012 vom Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes zum neuen Präsidenten gewählt worden. Schäfer, der seit 23.03.2010 das Amt des 1. Vizepräsidenten im Städte- und Gemeindebund NRW innehatte, ist für die kommenden zweieinhalb Jahre als Präsident gewählt.

Roland Schäfer, Jahrgang 1949, stammt aus Lemgo (Kreis Lippe). Nach Wehrdienst und Jura-Studium trat er 1983 in die Innenverwaltung des Landes NRW ein. 1988 wurde Schäfer in Bergkamen zum Stadtdirektor und 1998 zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. 2004 und 2009 wurde er in diesem Amt

bestätigt. Schäfer ist außerdem bis zum 31.12.2012 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der bisherige Präsident des StGB NRW, der Soester Bürgermeister **Dr. Eckhard Ruthemeyer** (CDU), ist für die kommenden zweieinhalb Jahre zum 1. Vizepräsidenten des kommunalen Spitzen-

verbandes gewählt worden. Ruthemeyer, Jahrgang 1960, stammt aus Hagen am Teutoburger Wald. Nach dem Jura-Studium an der Universität Münster leitete er sechs Jahre lang die Kämmererei der Stadt Wolfsburg. Während dieser Zeit promovierte er über ein kommunalrechtliches Thema. 1996 wählte ihn der Rat der Stadt Soest zum Ersten Beigeordneten und Kämmerer. Drei Jahre spä-

ter wurde Ruthemeyer in Soest zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt und 2004 sowie 2009 in diesem Amt bestätigt.

Als weitere Vizepräsidenten wurden **Dietmar Heß** (CDU), Bürgermeister der Gemeinde Fintentrop, sowie **Walther Boecker** (SPD), Bürgermeister der Stadt Hürth, für weitere zweieinhalb Jahre in ihrem Amt bestätigt.



Roland Schäfer



Dr. Eckhard Ruthemeyer



Dietmar Heß



Walther Boecker

FOTOS: StGB NRW



▲ Experten aus Bundes- und Landespolitik sowie Kommunen diskutierten Verlauf und Perspektiven der Energiewende in Deutschland

Erneuerbare nur im Takt zu Netzausbau

Anhand dreier Reden und einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion erörterten mehr als 500 Delegierte Chancen und Probleme der so genannten Energiewende in Deutschland

In seinem Eingangsreferat stellte **Johannes Rimmel MdL**, NRW-Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, die Position des Landes NRW zu Energiewende und Klimaschutz sowie deren unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen dar. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien beleuchtete er Chancen wie Risiken für die Kommunen und unterstrich die Herausforderung an den Gesetzgeber, für Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu sorgen. Des Weiteren erläuterte Rimmel die Bemühungen des Landes zur Steigerung der Energieeffizienz und die Unterstützung der Kommunen. Abschließend stellte er den Ausbaustand bei den Übertragungs- und Verteilnetzen dar.

Prof. Dr. Peter Michael Heck, Geschäftsführender Direktor des Instituts für angewand-

tes Stoffstrommanagement an der FH Trier, stellte in seinem Referat die kommunale Wertschöpfung im Rahmen der Energiewende in den Mittelpunkt. Sein Statement legte einen Schwerpunkt auf den Ausbau der erneuerbaren Energien am Beispiel von Windparks, Solaranlagen und Biogasanlagen. Zudem richtete Heck den Blick auf die Steigerung der Energieeffizienz, was er mit Beispielen aus der kommunalen Praxis veranschaulichte.

Bundesumweltminister **Peter Altmaier**, der trotz Terminkollisionen und Reiseproblemen zum Forum kam, mahnte in seiner Rede eine vernünftige Abstimmung des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau der Netze an. Man müsse die Energiewende zeitlich so strecken, dass der mittels erneuerbarer Energiequellen produzierte Strom auch weitergeleitet werden



KommunalAgenturNRW

**BEWÄHRTE QUALITÄT
UNTER NEUEM NAMEN**

Die 1996 als Abwasserberatung gegründete Kommunal- und Abwasserberatung NRW hat ihr Dienstleistungsangebot erweitert und firmiert nun unter dem Namen KommunalAgenturNRW

Die Gründung der Abwasserberatung NRW e. V. im Jahr 1996 hatte das Ziel, nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden bei technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragenstellungen zur kommunalen Abwasserbeseitigung zu unterstützen. Dieser Aufgabenbereich hat auch heute noch einen hohen Stellenwert. So beraten die Mitarbeiter/innen derzeit per Vertrag 344 Städte und Gemeinden.

In den zurückliegenden Jahren wurden stets neue Fragestellungen zu unterschiedlichen kommunalen Themen mit der Bitte um Unterstützung an die Abwasserberatung NRW herangetragen. Diesen neuen Aufgaben wurde 2006 mit der Umfirmierung zur Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH Rechnung getragen.

Steigende rechtliche und inhaltliche Anforderungen veranlassen Städte und Gemeinden, für die Aufgabebearbeitung verstärkt externe Dienstleister einzuschalten. Daher erweitert das Dienstleistungsunternehmen des Städte- und Gemeindebundes (StGB NRW) erneut sein Angebotsspektrum. Unter dem neuen Namen KommunalAgenturNRW werden die Mitarbeiter/innen zukünftig neben den bekannten Arbeitsgebieten das Engagement in weiteren Themenbereichen wie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, interkommunale Zusammenarbeit oder Finanzierung kommunaler Aufgaben verstärken. Seit dem 17. August 2012 wird die KommunalAgenturNRW GmbH im Handelsregister geführt. Insgesamt 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen bei „Altbewährtem“ und neuen Fragestellungen rund um die kommunalen Aufgaben. Dabei ist dem Dienstleistungsunternehmen des StGB NRW eine konstruktive und qualitätsorientierte Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden besonders wichtig.

KommunalAgenturNRW GmbH
Cecilienalle 59
40474 Düsseldorf
Tel. 0211-430 77- 0
info@kommunalagenturnrw.de
www.kommunalagenturnrw.de



Energiewende zeitlich strecken: Bundesumweltminister Peter Altmaier

könne. So wolle er bis Anfang 2013 mit den Ministerpräsidenten der Länder und anderen Beteiligten festlegen, welche Stromtrassen bis zu welchem Zeitpunkt errichtet werden müssten.

Des Weiteren sprach sich Altmaier dafür aus, durch mehr Kosteneffizienz eine Senkung der Förderung erneuerbarer Energien möglich zu machen. Dabei habe für ihn ein konsensuales Verfahren unter Einbindung aller Beteiligten Vorrang, zumal die Förderung der erneuerbaren Energien aus Gründen der Planungssicherheit über mehrere Jahre Bestand haben müsse. Im Herbst 2012 werde ein Vorschlag für die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgelegt. Sodann werde in einem Dialog mit Bundestag, Ländern, Netzbetreibern und Kommunen über die Inhalte der Novelle beraten.

DISKUSSION ÜBER STROMPREISE

Im Zentrum der Podiumsdiskussion unter Moderation von Rudolf Graaff, Beigeordneter für Bauen und Vergabe beim StGB NRW, standen der Anstieg der Strompreise wegen der steigenden EEG-Umlage und die Auswirkungen auf die Verbraucher/innen sowie auf die Novelle des EEG. Die Energieeffizienz bei den Verbraucher/innen müsse gesteigert und die Energieberatung massiv ausgebaut werden, so der Tenor. Hier seien

kommunale Unternehmen nah an den Bürger/innen und helfen ihren Kunden sowie Kundinnen beim Energiesparen. Im Übrigen müssten in absehbarer Zukunft die erneuerbaren Energien auch ohne EEG-Zuschüsse markt- und wettbewerbsfähig sein.

Weitere Diskussionsthemen waren die Aspekte Versorgungssicherheit angesichts des schleppenden Netzausbaus und eines zunehmenden Anteils an Strom aus erneuerbaren Energiequellen, Planung und Ausbau der Netze - entscheidend dafür sind die kommenden fünf Jahre -, der Beitrag der Braunkohle als Brückentechnologie in Gestalt fossiler Kraftwerke, Chancen und Risiken für die Kommunen und Energieversorger mit Blick auf die Dezentralität der Stromversorgung sowie die Nutzung schwierig auszubeutender Gasvorkommen - das so genannte Fracking.

Nach Aufforderung des Moderators, eine Prognose zum Stand der Energiewende im Jahr 2050 zu geben, unterstrichen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion - Bundesumweltminister Peter Altmaier, Landesumweltminister Johannes Rimmel, Prof. Dr. Peter Michael Heck, Dr. Peter Hainacher als Leiter Public Affairs der RWE AG, Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer sowie Lippstadts Bürgermeister Christof Sommer -, dass das Energiesystem Mitte dieses Jahrhunderts bunter, vielfältiger und teurer sein werde als heute. (abs)

Unter Moderation von Claus Hamacher, Beigeordneter für Schule, Kultur und Sport beim StGB NRW, beleuchteten Wissenschaftler und kommunale Praktiker Chancen und Probleme bei der Inklusion

In seinem Einführungsreferat nannte **Staatssekretär Ludwig Hecke** vom NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung als Ziel der Inklusion die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit sowie die Teilhabe am Unterricht der Regelschulen für alle Schüler und Schülerinnen. Inklusive Beschulung solle daher nicht gegen den Willen der Eltern geschehen. Vielmehr solle diesen ein Wahlrecht eingeräumt werden. Zwar sollten die Regelschulen einen überwiegenden Teil der Schüler aufnehmen, die Struktur der Förderschulen solle deswegen aber nicht beseitigt werden.

Hecke wies darauf hin, dass es sich bei der Entwicklung eines inklusiven Schulsystems um einen langfristigen Prozess handele. Um die reibungslose Durchführung des Unterrichts zu gewährleisten, sollten Unterstützungszentren gebildet werden. Diese sollten eine Herausnahme einzelner Schülerinnen und Schüler aus dem Regelunterricht für bestimmte Zeit möglich machen, aber nicht zu dauerhafter Separierung der Betroffenen führen.

▼ *Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des StGB NRW, beschloss die Mitgliederversammlung 2012, nachdem diese über Neu- und Nachbenennung für diverse Gremien entschieden hatte*



Kritischer Blick auf gemeinsames Lernen

Zur Frage der Konnexität wies Hecke darauf hin, dass die Kosten der Inklusion bislang nicht genau bestimmt werden könnten. Dabei benannte er inklusionsbedingte Belastungen wie etwa Aufwendungen für schulische Räumlichkeiten, aber auch Entlastung bei den Schülerfahrkosten durch die Möglichkeit eines wohnortsnahen Schulbesuchs. Die Kommunen sollen nicht „aus ihren Zuständigkeiten entlassen werden“. Insbesondere bei dem Bedarf an Integrationshelfer/innen handele es sich um eine sozialrechtliche Frage, die den Kommunen obliege. Das

Darüber hinaus werden Spezialschulen vorgehalten. Alle drei Bereiche wiesen eine große Durchlässigkeit auf. Auch sei entscheidend, Entstehung von Förderbedarf im Vorfeld zu verhindern.

Da das deutsche Förderschulwesen hochspezialisiert sei, lasse sich ein Transfer der Schüler/innen an die Regelschulen nur schwer realisieren. Tendenziell erwarte er durch die Inklusion einen Rückbau des Förderschulsystems. Das Gelingen der Inklusion - so Hennemann - sei darüber hinaus abhängig von weiteren Bedingungen.

man sie im Verhältnis zu späteren Einsparungen betrachte.

Als Vertreter der Kommunen erklärte **Christoph Gerwers**, Bürgermeister der Stadt Rees und Vorsitzender des StGB NRW-Schulsausschusses, dass die Kommunen die Inklusion wollten. Die Debatte um Konnexität dürfe die Inklusion nicht überlagern, damit nicht nach außen das Bild entstehe, Inklusion sei unerwünscht. Er wisse aber, dass für die Inklusion in den Schulen eine Bewusstseinsänderung der Betroffenen nötig sei. Um die Kosten abzuschätzen, müsste zunächst festgestellt werden, welcher Änderungsbedarf bei den Gebäuden und beim Personal bestehe.

Auf die Förderschulen angesprochen, erklärte **Landesrat Hans Meyer**, Jugenddezernent beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dass die Umsetzung der UN-Konvention

nicht die Auflösung der Förderschulen nach sich ziehe. Bei Kindern mit Mehrfachbehinderung kämen Regelschulen meist an ihre Grenzen. Zudem gebe es Kinder, die den Schonraum einer Förderschule benötigten. Es sei zwingend erforderlich, die Kenntnisse der Fachschulen zu erhalten, und deren Erfahrungen seien für den Inklusionsprozess von großer Bedeutung. Bei der Entscheidung für gemeinsamen Unterricht müsse den Eltern bewusst sein, dass die Standards der Förderschulen nicht eins zu eins auf die Regelschulen

übertragbar seien. Selbstredend würden zu Beginn der Inklusion Probleme auftreten. Man müsse aber dennoch mit diesem Prozess beginnen.

Ähnlich äußerte sich **Norbert Killewald**, Beauftragter der NRW-Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung in NRW. Auf die Frage, ob der Umsetzungsprozess rasch genug vorangehe, antwortete er mit einem klaren „Nein“. Er wisse aber, dass zwischen einem Wunsch und der Einschätzung eines realistischen Zeitraums unterschieden werden müsse. Dabei seien auch die Ängste der Betroffenen zu berücksichtigen. Killewald sah den hohen Standard der Förderschulen nicht als Hemmnis gegenüber Inklusion. Zwar würde im gemeinsamen Unterricht ein anderer Standard gesetzt. Wie dieser angenommen werde, könne man letztlich daran erkennen, ob sich die Eltern für oder gegen diesen Unterricht entschieden. (iz)



FOTO: MEYER / STGB NRW

▲ *Wie weit reicht Inklusion - es diskutierten (v.links) Claus Hamacher, Thomas Hennemann, Ludwig Hecke, Hans Meyer, Christoph Gerwers und Norbert Killewald*

Land habe hingegen die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte zu schulern. Auf jeden Fall werde für die Umsetzung der Inklusion kein strikter Zeitplan vorgegeben.

Prof. Dr. habil. Thomas Hennemann von der Universität zu Köln gab in einem zweiten Impulsreferat einen Überblick über den pädagogischen Wissensstand zur Inklusion. Dabei stellte er die inklusiven Bildungssysteme mehrerer Länder gegenüber. Dabei kristallisierte sich ein dreigliedriger Aufbau heraus. Zunächst existieren Klassen mit einer vollständigen Inklusion. Diese werden ergänzt durch ein Angebot an speziellen Klassen in der allgemeinen Schule für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf.

Insbesondere bei den Lehrkräften müsse die richtige Einstellung vorliegen. Diese müssten bereits bei der Unterrichtsvorbereitung die Möglichkeiten der Individualisierung erkennen und berücksichtigen und damit den Grundstein für einen zieldifferenten Unterricht legen. Zudem müssten Kenntnisse über Lern- und Entwicklungsbarrieren vertieft werden. An den Schulen müsse sich eine inklusive Schulidentität entwickeln, die eine kooperative Lernform möglich mache.

Bei der Podiumsdiskussion kam Prof. Hennemann auf die Stigmatisierung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf zu sprechen. In Ländern wie Finnland würden bereits in frühen Jahren universelle Maßnahmen für alle Schülerinnen und Schüler ergreifen. Ein solches präventives Handeln sei erforderlich, um die Inklusion nicht zu einem Kunstprodukt werden zu lassen. Die Kosten der Prävention seien dann erträglich, wenn



Ausklang in lockerer Runde bei einem Glas Bier

Auch dies war beim Gem



▲ Am Stand der Provinzial (v.links): BM Roland Schäfer, BM Dr. Eckhard Ruthemeyer und Staatssekretär Dr. Hans-Ulrich Krüger



Zwischenstopp am Stand der Sparkassen: HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider (li.), Dr. Eckhard Ruthemeyer (z.v.li.), Staatssekretär Dr. Hans-Ulrich Krüger (Mitte), BM Roland Schäfer (4.v.re.), BM Erhard Pierlings (2.v.re.) und FV Oliver Held (re.)



Am Stand der GVV (v.links): BM Erhard Pierlings, BM Dr. Eckhard Ruthemeyer, BM Dr. Uwe Friedl, Wolfgang Schwade (Vorstandsvorsitzender GVV), Staatssekretär Dr. Hans-Ulrich Krüger, HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider, BM Franz-Josef Moormann, BM Dietmar Heß, BM Roland Schäfer



Beifall und Heiterkeit beim Vortrag von OB Boris Palmer



▲ Fruchtige Desserts für die Delegierten



Großes Interesse an den Informationen der Aussteller



Gruppenbild mit Dame (v.li): BM Dr. Eckhard Ruthemeyer, Ministerin Sylvia Löhrmann, BM Roland Schäfer und Dr. Martin Ozimic (GF Gemeindebund Steiermark)

eindekongress 2012 zu sehen...

Sämtliche Fotos: Wilfried Meyer / StGB NRW - Mehrfach abgebildete Persönlichkeiten des StGB NRW: Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer (Präsident), Bürgermeister Roland Schäfer (1. Vizepräsident) und Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider. Personen ohne Nennung einer Institution gehören dem Verband an.



▲ Am Stand von KoPart und Kommunalagentur (v.links): HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider, Dr. Mathias Frölich, Frank Märker (beide Kommunalagentur) und BM Dr. Eckhard Ruthemeyer



Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer beim Forum Inklusion



► Schwungvoller Dixieland zum Tagungsausklang



▲ Podium im Großen Saal der Stadthalle (v.links): Beig. Hans-Gerd von Lennep, Beig. Dr. Stephan Keller (Stadt Düsseldorf), Ministerin Sylvia Löhrmann, BM Roland Schäfer, BM Dr. Eckhard Ruthemeyer, HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider und OB Boris Palmer (Stadt Tübingen)



▲ Doppeltes Zwiegespräch: Alexander Thorwirth (Leiter Vertrieb Behörden BMW, vorn li.), HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider (vorne re.), Wolfgang Schwade (Vorstandsvorsitzender GVV, hinten li.) und Dr. Martin Ozimic (GF Gemeindebund Steiermark, hinten re.)



Freundlich und hilfsbereit bis spät am Abend



Bundesumweltminister Peter Altmeier (2.v.li.) mit BM Roland Schäfer (li.), BM Dr. Eckhard Ruthemeyer (re.) und HGF Dr. Schneider (2. v. re.)